

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

2.10.1925 (No. 228)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14.
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfach:
Karlsruhe
Nr. 3516

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Meinh.
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anläßliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Plagierungen, unangemessener Verleumdung, und Konturverfälschung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen anderer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Wirtschaftliche Umschau

Die Reichsregierung hat zum gestrigen 1. Oktober ausführliche Mitteilungen über ihre Preisabbaupolitik der Öffentlichkeit übergeben. Diese Mitteilungen sind natürlich, auch infolge der Kompliziertheit des ganzen Problems, recht verschiedene Beurteilung. Während Blätter, wie die „Voll. Ztg.“ recht bescheidene Erfolge feststellen und neue weitere Maßnahmen, wie die Ermäßigung der Agrar- und Textilzölle, wozu ja die Reichsregierung vom Reichstag die Ermächtigung habe, fordern und diese Forderung damit begründen, daß ja auch der Reichswirtschaftsminister kürzlich mit einer Senkung der Zollsätze gedroht hat, für den Fall, daß Industrie, Handel und Banken sich nicht zu einem Preisabbau entschließen können, stellen andere Blätter, wie die „Berliner Börsenztg.“ fest, daß sich die Maßnahmen der Regierung nur allmählich auswirken können. Die wichtigste der bereits getroffenen Maßnahmen, die Herabsetzung der Umsatzsteuer, ist ja allerdings erst am gestrigen Tage in Kraft getreten und es muß sich nun zeigen, ob die Ermäßigung des Steuerfußes auf 1 Prozent besonders bei den Waren, die eine längere Reihe von Produktionsstufen zu durchlaufen haben, wie z. B. gerade in der Textilindustrie, in einen fühlbaren Preisnachlass sich umsetzt. Schon die Tatsache, daß im andern Fall sich Zollermäßigungen, schon infolge der Stimmung der Allgemeinheit, nicht umsetzen lassen würden, müßte die betreffenden industriellen und Handelskreise darauf hinweisen, daß hier wirklich loyalen Verhalten Staat und Allgemeinheit gegenüber kein privatwirtschaftlich unkluges Verhalten zu sein braucht. Ein anderes darf auch hier nicht vergessen werden. Die Preise werden nicht zum letzten durch psychologische Faktoren beeinflusst und es ist nicht zu bestreiten, daß die dauernden ausführlichen Erörterungen in der Öffentlichkeit über die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten in der Preis- und auch in der Lohnpolitik, doch in der Richtung schließliche gewisse Erfolge zeitigen müssen, daß langsam die Zusammenhänge besser erkannt werden, und gewisse grob-egoistische Denkgewohnheiten aus der Inflationszeit sich endlich doch reformieren. Und daß weiterhin mehr und mehr Klarheit darüber sich einstellt, wie am besten die Voraussetzungen für eine gesunde, freie Konkurrenz geschaffen werden können. Auf der einen Seite ist seit langem die Stabilität der Währung erzielt. Ohne energische gesetzliche Maßnahmen gegen die bis heute aber geltende schrankenlose von Verunsicherungen eingeleitete Wirtschaftsdiktatur großer die Produktionsquellen beherrschender Vereinigungen, wird es auf der anderen Seite nicht gehen. Der von den meisten Kartellen auch heute noch immer geübte Grundsatz, daß die Preise auf der Basis der Selbstkosten des am unrentabelsten wirtschaftenden Kartellmitgliedes kalkuliert werden, stellt eines der schwersten Hemmnisse beim Preisabbau dar. Und es ist Tatsache, daß hier Verbände vielfach noch sehr groß geschrieben wird. Das zeigen u. a. immer neue Mitteilungen über die Geschäftsgebarung in der Kartellartikelbranche, wonach u. a. Kleinverkaufspreise mit einem Bruttoverdienst von 100 Prozent vorgeschrieben werden und im andern Fall die Lieferung des betr. Fabrikats gesperrt wird. Diese Zustände schreien geradezu nach Beseitigung, und hier kann auf dem gesetzlichen Weg mit der notwendigen Energie Abhilfe geschaffen werden, falls der Vereinbarungsmodus mit den großen Wirtschaftsverbänden und die bisherigen kartellrechtlichen Bestimmungen nicht genügen. Wirksam in der Richtung des Preisabbaus muß sich auch die mit dem gestrigen Tag in Kraft getretene Herabsetzung der Frachtsätze für wichtige Lebensmittel zeigen, ebenso wie die mit den Privatbanken nun zustande gekommene Vereinbarung über die Ermäßigung der Konditionen. Die Aufhebung der Geschäftsaufsicht, jenes aus der Kriegszeit stammenden Instituts, über die noch der Reichstag beschließen muß, wird zweifellos zur Reinigung der Wirtschaft beitragen. Gestellt sind die Ansichten darüber, was mit der Überwachung der Preisgebarung beim Einzelhandel zu erreichen sein wird. Aber auch hier kann daran erinnert werden, daß es sich nicht nur um Wiedereinführung von unbrauchbaren Maßnahmen aus Kriegs- und Inflationszeit zu handeln braucht, sondern daß auch in der währungsstabilen Vorkriegszeit wie u. a. in bezug auf Brotgewicht, Preisabhang hier vorkommende Vorschriften bestanden, die gar wohl entsprechend den heutigen

Bedürfnissen modifiziert und ev. verschärft werden können. Auch die Gemeinden haben bereits vor dem Krieg durch Verkauf wichtiger, in Massen beziehbarer Lebensmittel, auf den Preismarkt besternd eingewirkt.

Die Getreidepreise haben auch am Ende des Monats trotz der bereits geltenden Hölle eine sinkende Tendenz gezeigt. Der Grund ist die ausgezeichnete Ernte in Deutschland und in der übrigen Welt. Englische Fachblätter schätzen gegenwärtig die gesamten Überschüsse der Ausfuhrgebiete auf 107 Millionen Quarter Weizen (ein Quarter Weizen = 218 Kilogramm), während die Zufuhrbedürfnisse der Importländer auf 71 Millionen Quarters angenommen werden. Bei einem solchen Plus der Jahresproduktion — dazu stehen die Aussichten der für Januar zu erwartenden Ernte auf der Südhälfte der Erdoberfläche in Argentinien und Australien günstig — ist die gegenwärtige Preisgestaltung nicht verwunderlich. In diesem Jahre tritt auch Rußland wieder als starker Weizenexporteur auf, und in der vergangenen Woche betrug seine Weizenausfuhr zirka 76 000 Tonnen, in der Vorwoche die Hälfte. Weiter wurden sehr ansehnliche Mengen russischer Gerste bereits nach Deutschland verkauft. Außerdem lagen aus Ländern, die selbst Zuschüsse brauchen, wie Holland, Belgien und Schweden Verkaufsangebote für Weizen an den internationalen Börsen vor, da die betreffenden Firmen eben damit rechneten, sich im weiteren Verlauf der Saison zu niedrigeren Preisen wieder eindecken zu können.

Die deutsche Ernte wird in diesem Jahr auch qualitativ als sehr gut bezeichnet, so daß das gesamte Brotkorn auch wirklich zu Brotzwecken verarbeitet werden kann, während im Vorjahr erhebliche Mengen zu Futtermitteln dienen mußten. Von diesjährigem deutschem Malweizen wanderten in den letzten Tagen nicht unerhebliche Mengen an die Küste um noch dem Infrastreten der Einfuhrsperre und sobald sich darauf eine Rückvergütung kalkulieren läßt, den Weg ins Ausland, vor allem nach Südeuropa, England und Skandinavien zu nehmen. Auch an Roggen, wovon jedoch weniger Material auf den Markt kam, da die Landwirte infolge der Unterstützung durch Kredite und Proлонation früherer Akzente instand sind, ihre Vorräte noch festzuhalten, sind bereits Abschüsse nach dem Ausland zustande gekommen. Gering ist der Mehlobiats in Deutschland, da die Käufer infolge möglicher weiterer Konjunkturrückgänge Zurückhaltung beobachten, was wiederum die Lage der deutschen Mühlenindustrie ungünstig gestaltet.

Die Vertreter der auf das jeweilige tägliche Transportbedürfnis angewiesenen Schifffahrt auf dem Rhein und auf seinen Nebenflüssen und Kanälen haben kürzlich in Mannheim getagt. Der westdeutsche Partikulierschifferverband vereinigt über 1200 Schiffer mit etwa 1 Million Tonnen Schiffsraum, also einen sehr beträchtlichen Teil der Gesamtschifffahrt auf dem Rhein. Es handelt sich hier sozusagen um den Kleinbetrieb der Schifffahrt, den Dank der modernen Technik auch die Entlohnung der Reedereischifffahrt, also des Großbetriebes, nicht überflüssig machen konnte. Dem Raum der Kleinschifffahrt ist ständig eine wichtige wirtschaftliche Ausgleichsrolle auf dem freien Markt zugewiesen, die von dem an großen Transportverpflichtungen gebundenen Raum der Reedereien nicht bestritten werden kann. Von den Regierungsvertretern hat auf der Tagung Ministerialdirektor Fruchs darauf hingewiesen, daß die Schifffahrt einen der Grundpfeiler der badischen Wirtschaft bedeute, was sich schon aus der geographischen Lage Badens ergebe. Allgemein leidet insbesondere die deutsche Partikulierschifffahrt unter den Folgen des Versailler Vertrags, der eine große Zunahme der fremdländischen Flaggen auf dem Rhein und demgemäß einen stärkeren Kampf um das überdies verminderte Frachttgut zur Folge hatte, wie unter dem Ruhrkrieg, dessen Schäden für die Rheinschifffahrt auch heute noch fühlbar sind.

Die Tagung beschäftigte sich mit einer Reihe von bedeutenden Fragen, vor allem dem Ausbau der Oberrheinwasserstraße, die als größtes und wichtigstes Problem der Rheinschifffahrt zurzeit angesehen wird, dem Ausbau der Rhein-Main-Donaustraße und des Neckars, wo sich eine weitere Entwicklung nur durch Ausbau zu Großschiffahrtsstraßen erzielen lasse und der Tarifpolitik der Reichsbahn, d. h. der Wettbewerbslage der

Rheinschifffahrt. Zu letzterem Punkt wandte man sich gegen die Staffeltarife, durch welche die Binnenschifffahrt aus einem großen Teile der Verkehrsbeziehungen, die sie früher mit Erfolg gepflegt habe, ausgeschaltet werde. Diese Tarifpolitik der Reichsbahn müsse infolge der niedrigen Tarifierung der weiten Strecken bei größeren Gütermengen unvermeidlich Zuschüsse erfordern, die wiederum eine Belastung der nahen und mittleren Entfernungen und eine Erhöhung der Nebengebühren bedeute. Dadurch wirke die Tarifpolitik der Reichsbahn auf der einen Seite warenteuernd, während sie andererseits einen wichtigen Erwerbszweig des deutschen Mittelstandes aufs schwerste beeinträchtige. In gleicher Entscheidung werden u. a. eine angemessene Berücksichtigung der Binnenschifffahrt bei Einführung von Ausnahmetarifen der Reichsbahn und die beschleunigte Einführung von Wasserumschlagstarifen gefordert.

Vor der Konferenz von Locarno

Die deutsche Delegation

Für die Konvention reist bereits heute, Freitag abend von Berlin nach Locarno ab. Ihre Zusammenfassung ist folgende: der Reichskanzler, der Außenminister, Staatssekretär Kempner, Staatssekretär v. Schubert, Ministerialdirektor Gaus und Ministerialdirektor Riep. Der Referent für Völkerbundsfragen, Geheimrat v. Bülow, wird dagegen nicht mitfahren. Die Delegation wird heute Freitag abend in einem Vorzug zu dem fahrplanmäßig um neun Uhr abgehenden D-Zug über Frankfurt-Basel nach Locarno fahren, wo sie am Samstag abend eintreffen wird.

Donnerstag nachmittag fand in Berlin ein letzter Ministerrat vor der Abfahrt der Delegation statt. Der Ministerrat beschäftigte sich mit den auf der Sicherheitskonferenz zu erörternden Fragen und des weiteren auch mit den deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen, die, wie die Blätter betonen, wegen der Anwesenheit des russischen Außenkommissars Tschitscherin in Berlin eine besondere Bedeutung haben. Die Abhaltung der Ministerratssitzung machte es nötig, die für den Nachmittag vorgesehene Unterredung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann mit Tschitscherin auf die Abendstunden zu verlegen.

Ein Dementi. Ein Berliner Blatt hatte gemeldet, daß die Aktion der Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage von der deutschnationalen Partei ohne Kenntnis der anderen Regierungsparteien erzwungen worden sei. Hierzu erfährt das WZ, daß an den maßgebenden Kabinettsitzungen die parlamentarischen Reichsminister aller Parteien teilgenommen haben, und daß auch in dieser Frage vollkommene Einmütigkeit im Kabinet bestanden hat.

Soweit das Dementi. Wie man aus einem Artikel der „Germania“ und aus anderen Zentrumsblättern entnehmen konnte, ist das Zentrum von dem Schritt der Reichsregierung überrascht worden. Die „Germania“ schrieb ausdrücklich, daß die Zentrumspartei infolgedessen auch nicht für die Sache verantwortlich zu machen sei. Daß die deutsche Volkspartei nichts gewußt habe, ist, soviel wir sehen können, nie behauptet worden. Die Zentrumspartei wird wohl bald ihrerseits zu dem Dementi Stellung nehmen.

Die Klippen

Der Londoner „Daily Telegraph“ erklärt heute, daß, wenn die Frage der Räumung Köln und der Kriegsschuld nicht von den Verhandlungen in Locarno ferngehalten werden könne, die Konferenz kaum viel Zeit auf ihre Förderung verschwenden werde. Der Felsen, an dem die Verhandlungen schließlich scheitern müßten, sei aber der Wunsch Frankreichs und Belgiens, auf einer Verquickung der westlichen Schiedsgerichtsverträge mit den östlichen zu bestehen. Eine andere Tatsache, mit der die Alliierten rechnen müßten, sei die Tätigkeit Tschitscherins in Warschau, die darauf gerichtet sei, Deutschland mit der Verhinderung seiner Hoffnung auf Erlangung einer Änderung der östlichen Grenzen zu bedrohen.

Die Entwaflungsfrage

Die Ententeregierungen haben in ihrer Antwort auf die deutsche Verbalnote darauf hingewiesen, daß die Räumung der Kölner Zone von dem Stand der deutschen Entwaflung abhängt. Damit ist formell der Tatbestand zwar korrekt bezeichnet, aber die alliierten Regierungen dürften sich doch darüber klar sein, daß ein günstiger Ausgang der Räumungsverhandlungen, der eine politische Entspannung bringen würde, nicht ohne Rückwirkung auf die Räumung der Kölner Zone sein kann. Immerhin kann bestätigt werden, daß auch die formalen Voraussetzungen für die Räumung ausstehend geblieben sind. Die Verhandlungen der deutschen Stellen — so schreibt die „Frankf. Ztg.“ — mit der interalliierten Kommission über die Entwaflung schreiten im allgemeinen gut vorwärts, und man darf den gegen früher fortzuziehenden Geist hervorheben, in dem die Verhandlungen vor sich gehen. Material scheinbar eine ganze Anzahl Fragen, die mit zu Beratungen Anlaß gegeben haben, so die Punkte, die sich auf Postzeit und Reichswehr beziehen, einer Regelung nahe

zu sein. Gegenüber anderslautenden Mitteilungen in der Presse muß indessen festgestellt werden, daß die Verhandlungen über die ganze Angelegenheit noch keineswegs zu Ende sind.

Tschitscherin in Berlin

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hatte, wie aus Berlin gedruckt wird, am gestrigen Donnerstag am späten Abend eine mehrstündige Unterredung mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten des Bundes der Sowjetrepubliken, Tschitscherin. Die Unterredung wird heute nachmittag fortgesetzt.

Kanzlerfrühstück zu Ehren Tschitscherins. Donnerstag fand beim Reichskanzler in Berlin zu Ehren Tschitscherins ein größeres Frühstück statt, zu dem u. a. der russische Botschafter und einige Herren der Botschaften, die Reichsminister des Außen, der Finanzen, des Innern und der Reichswehr, Fürst v. Bülow, sowie hervorragende Persönlichkeiten des Wirtschafts- und politischen Lebens und Vertreter aller Parteien geladen waren.

Sowjet-Rußlands Außenpolitik

Nach einer Meldung der russischen Telegraphen-Agentur der Sowjetunion gibt die Moskauer Presse einmütig ihrer Genugtuung über den freundschaftlichen Empfang Tschitscherins in Warschau Ausdruck.

Die offiziöse „Iswestija“ weist darauf hin, daß eine Befestigung der Beziehungen zwischen Sowjet-Rußland und Polen von allen wahren Freunden des Friedens als Mittel betrachtet werden müsse, um die in dem Sicherheitspakt enthaltene Kriegsgefahr unschädlich zu machen. Die deutsche Presse habe Recht, wenn sie Tschitscherins Durchreise durch Warschau ruhig behandle. Die Gefahr eines Sicherheitspales zwischen Sowjetrußland und dem Deutschen Reich liege darin, daß England die Mandatstaaten zur Befestigung der Sowjetunion und Deutschland als Aufmarschgebiet gegen Rußland im Falle eines russisch-polnischen Krieges auszunutzen versuchen werde. Gute Beziehungen Sowjet-Rußlands zu Polen würden bewirken, daß Deutschland bei einem Zusammenstoß zwischen Rußland und Polen nicht zur englischen Schanze gemacht werden könne. Die Sowjetunion beantwortet den Sicherheitspakt nicht mit Waffengeklirr, sondern mit der Festigung ihrer Beziehungen zu ihren Nachbarn und allen Ländern, die den Weltfrieden fördern wollen. Dies sei das beste Mittel gegen jene traditionelle Politik Englands, die die Länder des Kontinents gegeneinander hebe. England werde in Europa niemals allein Krieg führen. Wenn es auf dem Festlande keine nachgiebigen Befolger seines Willens finde, so werde es überhaupt keinen Krieg führen.

Die polnischen Blätter der Rechten, die große Hoffnungen auf die Folgen des Besuchs Tschitscherins in Warschau setzen, zeigen eine schlecht verhehlte Spannung über die Haltung, die Tschitscherin in Berlin einnehmen werde. Das tritt auch in dem Leitartikel des Abgeordneten Stronitz zutage, der als rechtsstehender Politiker für viele in der Außenpolitik als Führer gilt. Stronitz behauptet, Deutschland wolle zugleich eine englandfreundliche Politik führen, um beide Länder zu betrügen.

Das Arbeiterblatt „Robotnik“ führt aus, daß der Rheinpakt die Wirkungskraft Frankreichs in Mittel- und Osteuropa lähmen werde, weshalb Rußland die schwachen Punkte des Rheinpakts für sich ausbeuten wolle, woher dann das Gerücht von einem französisch-russisch-polnischen Bündnis und von einer neuen Kräfteverteilung im Osten komme. Aber eine solche neue Kräfteverteilung wäre weit mehr ein Instrument zur Stärkung des Friedens als der Rheinpakt, und würde auch die Gefahren nicht abwenden, die der Rheinpakt für Polen mit sich bringe. Falls aber wirklich ein polnisch-deutscher Krieg entstehen sollte, dann würde doch Rußland dem ersten Augenblick an auf der Seite Deutschlands stehen. Die einzige Alternative erblickt „Robotnik“ in dem baldigen Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland.

Wiederbeginn der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen

Wie aus Warschau gedruckt wird, ist gestern Donnerstagabend die polnische Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nach Berlin abgereist. Die Delegation erhielt den Auftrag, die Verhandlungen auf der Grundlage der deutschen Vorschläge durchzuführen.

Das Reich steht gegenwärtig auch mit andern Ländern in Handelsvertragsverhandlungen, über deren Stand sich — der „Frankf. Ztg.“ zufolge — folgendes Bild ergibt: Die Verhandlungen mit Rußland und Italien sind soweit vorgeschritten, daß wohl für die nächsten Tage ein positiver Abschluß erwartet werden kann. In weitem Maße liegen, wie es scheint, die Verhandlungen mit Spanien. Am 15. Oktober läuft der Mitte Juli von der deutschen Regierung geänderte Vertrag ab und es droht dann ein vertragsloser Zustand einzutreten. Gegenwärtig findet eine Fühlungnahme zwischen den beiderseitigen Regierungen statt, doch sind keine Anzeichen vorhanden, daß bald neue Vertragsverhandlungen in Gang kommen.

Die amtliche Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 30. September berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 28. September (124,9) um 0,8 v. H. auf 124,1 zurückgegangen. Gefunten sind die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Zucker, Speck, Hopfen, Minderhäute, Baumwolle, Benzin und einige Nichtfermetalle. Höher lagen die Preise für Fleisch, Baumwollgarne, Rohjute und Zink. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerezeugnisse von 120,0 auf 118,7 oder um 1,1 v. H. nachgegeben, während die Industriestoffe mit 134,2 (Vorwoche 134,3) nahezu unverändert sind. Für den Durchschnitt des Septembers ergibt sich ein Rückgang der Großhandelsindexziffer von 131,7 im Durchschnitt August auf 125,9 oder um 4,4 v. H.

Ermäßigung der Bankprovisionen. Die seit drei Wochen mit dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichskanzler schwebenden Verhandlungen der Bankwelt haben — wie dem WZV bestätigt wird — zu dem Ergebnis geführt, daß seitens der Stempelvereinigung die Kredit- und Akzeptprovision um 20 Prozent ermäßigt worden ist (von 1/4 auf 1/5 Prozent pro Monat). Als Stichtag gilt der 1. Okt. Die Soll-Zinsen liegen nach wie vor 2 Prozent über dem Reichsbankfuß. Ebenso hat sich der Satz für Haben-Zinsen für tagl. Geld nicht geändert.

Eine Konferenz der Innenminister der Länder in Berlin. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ sind die Innenminister der Länder für heute Freitag nach Berlin einberufen worden, wo sie u. a. mit dem Reichsministerium des Innern über Polizeifraktionen im Zusammenhang mit der Entwaffnungsnote der Alliierten und über die Frage des Preisabbaues beraten werden.

Politische Neuigkeiten

Zu Hindenburgs 78. Geburtstag

Am 78. Geburtstag des Reichspräsidenten v. Hindenburg schreibt das „Berliner Tageblatt“: „Hindenburg hat in der Zeit seit der Reichspräsidentenwahl loyal und gerecht die von ihm freimütig und ehrlich beschworene republikanische Verfassung gewahrt und bewiesen, daß er nur auf dem Boden dieser Verfassung und über den Parteien stehen will.“

Der „Berliner Lokalanzeiger“ sagt, das Opfer, das Hindenburg mit der Annahme der Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl gebracht habe, sei nicht vergebens gewesen und fügt hinzu: „Vor der mächtvollen Würde seiner Persönlichkeit, vor der Reinheit seines Willens und der unbestechlichen Gedringlichkeit seines Charakters hat selbst der deutsche Parteihaf so etwas wie Respekt gelernt. Es ist doch ein ander Ding um das Ansehen des Staates, und nicht nur im Inlande, geworden, seit der Feldmarschall dessen höchste Leitung übernommen hat.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet Hindenburg als Verkörperung des Geistes, der Deutschland einst groß gemacht hat und der es heute vor dem Untergang schützt, und spricht den Wunsch aus, daß das Beispiel selbstloser, unerbitterter Pflichterfüllung, das Hindenburg in weltgeschichtlicher Größe biete, vorbildlich wirke auf alle Glieder der Nation.

Die „Börzenzeitung“ schreibt, die wahrhaft ideale und allen Kleinlichen einfließen weit entrückte Art der Amtsführung Hindenburgs überzeuge das ganze deutsche Volk, daß hier ein überparteilicher, abgeklärter, weiser Volksführer die Sorgen von 60 Millionen auf sich genommen habe.

Zinspolitik bei Vergebung öffentlicher Gelder

Der Reichskanzler empfing in Anwesenheit des Reichsministers der Finanzen und des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium, Trendelenburg, die Vertreter des Städtebundes, des Reichsstadtebundes, des Landkreistages, des Landgemeindegeldes und der deutschen Girozentrale zu einer Besprechung über die Frage der Verbilligung der Zinsen für öffentliche Gelder. Die verschiedenen Vertreter erklärten sich bereit, die von der Reichsregierung vorgelegten Gesichtspunkte für die künftig einzuhaltende Zinspolitik bei Vergebung öffentlicher Gelder ihren Organisationen zur Befolgung zu empfehlen. Sie betonten jedoch, daß dieser Zinspolitik voller Erfolg nur dann beschieden sein könne, wenn er auch von den Privatbanken durch eine entsprechende Zinspolitik sichergestellt werde, daß die eintretende Verbilligung des Geldes tatsächlich der Wirtschaft zugute komme.

Die Vertreter der Beamtenpfeifenorganisationen beim Reichsfinanzminister

Der Reichsfinanzminister empfing Donnerstag nachmittag Vertreter der Beamtenpfeifenorganisationen, die ihre Wünsche hinsichtlich der Beamtenbesoldung vorbringen und eine Erhöhung der Bezüge, besonders der gering Befoldeten, als unabweisbar bezeichnen. Dem gegenüber erklärte der Reichsfinanzminister unter ausschließlicher Darlegung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Reiches, daß eine Erhöhung der Bezüge der Beamten keine Besserung ihrer Lebenshaltung bringen würde, da bei einer Gehaltssteigerung auch ein Steigen der Preise zu befürchten sei. Der Reichsbankpräsident habe die Reichsregierung in einem Schreiben ersucht, die Erhöhung der Beamtenbezüge würde nach dem Standpunkte des Reichsbankdirektoriums geradezu als ein Unglück angesehen werden müssen. Die Reichsregierung könne daher in Abereinstimmung mit der Mehrheit der Landesregierungen eine Aufbesserung der Bezüge nicht verantworten.

Wie aus Berlin gemeldet wird, werden die Beamtenpfeifenorganisationen heute, Freitag, zu Beratungen zusammenzutreten, um zu der Ablehnung ihrer Gehaltsforderungen durch den Reichsfinanzminister Stellung zu nehmen.

Zur internationalen Luftfahrerkonferenz

Direktor Wronsky vom Deutschen Aero-Club gewährte einem Vertreter des WZV ein Interview, in dem er sich über die Ergebnisse der internationalen Luftfahrerkonferenz in Stockholm äußerte. Direktor Wronsky erklärte u. a.: „Die außerordentlich günstige Verhandlungsatmosphäre von Stockholm hat die Wahrscheinlichkeit einer Vereinigung der Interessensgruppen der europäischen Luftverkehrsgesellschaften sehr gefördert. Ich glaube, daß man nunmehr versuchen wird, die älteste Interessengemeinschaft im Luftverkehr, die Internationale Air Traffic Association (IATA), in der Deutschland neben Holland, Skandinavien und den Entente-Ländern England, Frankreich, Belgien usw. seit 1919 paritätisch vertreten gewesen ist, als Beweis für die internationale Zusammenarbeit zu verwenden. Für Deutschland würde dies eine sehr wünschenswerte Lösung sein. Die so oft in Deutschland besprochene Frage der Behinderung der deutschen Luftfahrt durch die Beschränkungen der Vorkonferenz konnte naturgemäß in Stockholm nicht zur Beratung gebracht werden, da dies eine Frage ist, die ausschließlich von der Vorkonferenz behandelt werden kann, nicht aber von einzelnen Regierungen oder Verkehrsvereinigungen. Inzwischen wird die internationale Verständigung, wie sie in der Stockholmer Konferenz erreicht wurde, schließlich auch der Förderung dieser Frage dienen.“

Die Deutsche Volkspartei gegen den Reichsschulgesetzentwurf

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ weist in einer Betrachtung über den Reichsschulgesetzentwurf darauf hin, daß in den verschiedenen Landesteilen, wie Sachsen, Westfalen, Württemberg und Baden, Beschlüsse gegen den Entwurf gefaßt worden sind und erklärt am Schluß: Die Reichstagsfraktion hat zu dem Entwurf noch nicht Stellung genommen. Ohne der Kritik der Reichstagsfraktion vorgreifen zu wollen, kann aber schon jetzt gesagt werden, daß von einer uneingeschränkten Zustimmung zu dem Referentenentwurf gar keine Rede sein kann.

In der Hamburger Bürgerschaft ließ der Senat auf eine demokratische Anfrage über den Reichsschulgesetzentwurf erklären, daß der Vertreter Hamburgs bereits entscheidend gegen den Entwurf Stellung genommen habe.

Die Blutta im Wiener Burgtheater. Vor den Wiener Geschworenen hatte sich in zweitägiger Verhandlung die 25-jährige übrigens schon lungenranke Bulgarin Mencia Gernieu zu verantworten, die aus politischen Gründen am 8. Mai während einer Vorstellung von „Peer Gynt“, als gerade der flammendste Moment der Handlung, der Schiffsuntergang, alle Zuschauer fesselte, den mazedonischen Bandenführer Lodor Panica in einer Loge niederschloß, dessen Gattin sowie einen Begleiter Panicas, schwer verletzte. Sie wurde zu acht Jahren schweren Kerker und Landesverweisung nach Verbüßung der Strafe verurteilt. Die Frage der Aussetzung des Strafbefehls, die der Verteidiger beantragte, kam vorläufig nicht zur Entscheidung, da die Verurteilte Bedenkzeit erbeten hat.

Die Elektrifizierung der württembergischen Bahnen

Auf die Nachricht, daß die Elektrifizierung der badischen Hauptstrecke Mannheim-Wasel in das nächste Vorprogramm der Reichsbahn aufgenommen sei, wurde im württembergischen Landtag ein demokratischer Antrag eingebracht, der das Staatsministerium ersucht, die Frage derart zu fördern, daß zu gleicher Zeit mit solchen Bahnstrecken, die auf badischem und bayerischem Gebiet liegen, auch auf württembergischem Gebiet liegende Bahnstrecken elektrifiziert werden. Auf Ausführungen des demokratischen Abgeordneten Dr. Mauthe, machte Staatsrat Rau als Vertreter der württembergischen Staatsregierung folgende Mitteilungen:

Nach meiner Erkundigung steht die Reichsbahndirektion Stuttgart in der Frage der Elektrifizierung ihrer Bahnstrecken in ständiger Fühlungnahme mit der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahngesellschaft, ebenso mit der Reichsbahndirektion Karlsruhe und der Gruppenverwaltung Bayern. Bei der Aufstellung der Pläne für die Elektrifizierung der Reichsbahnhauptstrecke wurde davon ausgegangen, daß Hand in Hand mit der Elektrifizierung in Baden bis Mannheim und der Fortführung der Elektrifizierung in Bayern bis Ulm auch die Strecke Karlsruhe-Frozheim-Stuttgart-Ulm elektrifiziert werde. Anschließend daran soll der elektrische Betrieb auf den wichtigsten Hauptstrecken, z. B. nach Heilbronn und Tübingen, durchgeführt werden. Die einzelnen Verhandlungen der Reichsbahndirektion mit den Landesbehörden werden mit dem Ministerium des Innern geführt, in dessen Bereich ja die Elektrizitätswirtschaft gehört. Ich bin deshalb über die Einzelheiten, insbesondere darüber, wie weit die württembergische Elektrizitätswirtschaft in der Lage ist, die erforderlichen Elektrizitätskräfte zur Verfügung zu stellen, nicht unterrichtet.“

Eröffnung der Konferenz der Interparlamentarischen Union

In Washington wurde am Donnerstag der Kongreß der Interparlamentarischen Union eröffnet. Staatssekretär Kellogg begrüßte die 400 Delegierten von 38 verschiedenen Staaten im Namen der amerikanischen Regierung und erklärte: Die Anwesenheit so vieler Vertreter von sich selbst regierenden Völkern beweise, mit welcher Aufmerksamkeit sich die Welt mit den Fragen der Selbstregierung beschäftige. Nichts könne für die Förderung der friedlichen Ideale anregender sein, als dem Frieden mehr dienen, als daß die Mitglieder der verschiedenen Parlamente zusammen kommen, um ihre Ansichten über die Frage des Weltfriedens auszutauschen. Dies sei Jahrhunderte lang der Traum der Staatsmänner gewesen. Man müsse die Völker lehren, sich in friedlichen Verhandlungen zu bewegen, und sie müßten einsehen, daß es zur Erreichung internationaler Streitigkeiten bessere Mittel gibt, als die Zufallsentscheidung des Krieges. Kellogg führte weiter aus: Ich bin kein Schwarzseher und habe unbedingtes Vertrauen auf die Einsicht und die Vaterlandsliebe aller derjenigen Völker, die ihre bewundernswerten Einrichtungen bis ins 20. Jahrhundert bewahrt haben. Aber ich kann nicht blind sein gegenüber den Kräften, die am Werke sind, um das ordnungsmäßige auf der Welt durch das Volk beruhende Regierungssystem zu zerbrechen und eine Klassenherrschaft aufzurichten.

Als einer der ersten Diskussionsredner sprach Reichstagspräsident Käse. Er führte u. a. aus, Deutschland habe bereits abgerüstet. Das vom Präsidenten Coolidge aufgestellte Abrüstungsprogramm müsse erweitert werden, damit der Frieden in ganz Europa einziehe. Europa habe seit 1914 nur Rückschritte zu verzeichnen und es erscheine ihm, Löbe, zweifelhaft, ob Europa jemals bis zu dem Entwicklungsstadium, den die Vereinigten Staaten heute schon erreicht haben, gelangen wird.

Die französisch-spanische Offensive in Marokko

Nach einem offiziellen Communiqué aus Fez haben die französischen Truppen verschiedene Punkte 12 Kilometer nördlich, 9 Kilometer nordwestlich und 13 Kilometer nordöstlich von Kiffane besetzt. — Eine weitere Meldung aus Fez belagt: Im Frontabschnitt des 9. Armeekorps sind die französischen Truppen in einer Tiefe von 15 Kilometer weiter vorgedrungen und haben die große, von Norden nach Süden führende Straße besetzt. Die Operationen sollen in größerem Stille fortgesetzt werden.

Amlich wird aus Madrid über den Stand der spanischen Offensive mitgeteilt: Die spanischen Truppen haben Donnerstag früh ihren Vormarsch fortgesetzt und am Vormittag einige wichtige Punkte in der Richtung auf Mör in der Umgebung von Andar Sedderon besetzt. Von diesen Stellungen aus soll die Residenz von Abd-el-Krim unter Feuer gehalten werden. Ein von General Primo del Riberon, an Bord des Kreuzers Alfonso XIII. ausgegebener Funkpruch belagt, daß infolge der Beschließung durch die Spanier die Ortsschaft Mör in Flammen stehe, darunter das Haus Abd-el-Krims.

Verletzung des preussischen Staatssekretärs Meister. Wie die „Kölnische Zeitung“ erfahren haben will, soll der Staatssekretär im preussischen Ministerium des Innern, Meister, demnächst aus dem Ministerium ausscheiden und einen hohen Verwaltungsposten in der Provinz übernehmen. Staatssekretär Meister, der politisch rechts eingestellt ist, soll mit dem preussischen Minister des Innern verschiedene sachliche Meinungsverschiedenheiten gehabt haben.

Neuerliches Verbot einer Hitlerveranstaltung in München. Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei hatte für den 2. Oktober in den Ratheserfestsaal eine Mitgliederversammlung einberufen, in der Adolf Hitler sprechen sollte. Die Versammlung wurde von der Polizei im Hinblick auf das bestehende Verbot für Hitler verboten.

Ein vorläufiges französisch-amerikanisches Schuldenabkommen in Washington. Die französisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen endigten am Donnerstag mit einem vorläufigen Abkommen, das sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren erstreckt. Das Abkommen sieht eine jährliche Zahlung von 40 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten vor. Weitere Verhandlungen sollen aufgenommen werden, sobald die französische Regierung der Ansicht ist, daß die Verhältnisse ihr dies ermöglichen. Die neuen französischen Vorschläge zur Konsolidierung der Kriegsschulden waren von der amerikanischen Schuldenkommission abgelehnt worden.

Türkische Truppenkonzentrationen im Irak. Der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, die in der letzten Woche gebrachte Nachricht, daß vier türkische Divisionen nach dem Irak beordert worden seien, bestätigte sich durch die Meldung, daß vier Infanteriebrigaden von Reservisten einberufen wurden. Ebenso interessant sei die Nachricht von einem türkischen Truppenaufmarsch bei El Oefrah, in deren Richtung am Irak. Unter diesen Umständen sei es nicht überflüssig, daß — wie verlautet — die britische Mittelmeerflotte Weyung erhalten habe, sich in den Gewässern des nahen Ostens zu sammeln.

Kurze Nachrichten

Besuch des Reichspräsidenten in Württemberg. Blätter...

Der preussische Landtag verabschiedete einen Gesetzentwurf...

Ein schweizerisches Getreidemopol. Der schweizerische...

Seitdem niedergebrannt. Daily Mail veröffentlicht eine...

Kollektivnote der Mächte an China. Reuters meldet: Die...

Badischer Teil

Zum Tode von Landrat Thoma

Einsheim, 30. September. Heute morgen verbreitete sich...

Der Ausbau der Oberrheinwasserstraße

Auf der Wannheimer Tagung der Westdeutschen Partikular...

Durch die 1907 bis 1921 ausgeführte Konzessionäre Rhein...

Wesentlich davon verschieden ist der Strombau oberhalb...

Der Vortragende beschäftigte sich dann mit der technischen...

Uffierung. Zwischen Basel und dem Bodensee soll nach Ver...

Verkehrswirtschaftlich gesehen bedeutet die Verlängerung...

Aber den gegenwärtigen Stand und die Aussichten für die...

Die Freilassung Costes. D. B. Freiburg, 2. Okt. Diefelge Zeitungen berichten zur...

Der Flugverkehr im Winter. Die durch den Winter bedingte Einschränkung des regel...

Zu den Landtagswahlen. Der „N. Bad. Landeszeitung“ zufolge hat sich die Wirt...

Kurze Nachrichten aus Baden. Mannheim, 30. Sept. Das städt. Nachrichtenamt teilt mit...

Aus der Landeshauptstadt. Ehrungen Heinrich Vierordts. Aus Anlaß seines 70. Geb...

Badisches Landestheater. In dem Schauspiel „Mamper“...

Der Frankfurter Motettenchor. 50 Knaben und 20 Herren...

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte...

Handel und Wirtschaft

Table with exchange rates for various cities like Amsterdam, London, Paris, etc.

Der Leipziger Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung...

Badisches Landestheater. Spielplan für die Zeit vom 3.-13. Oktober 1925.

Samstag, den 3. Oktober * C 4 Th. G. II. S. G. Urauf...

Sonntag, den 4. Oktober * B 4. Th. Gem. 1-100. Pen...

Badische Lichtspiele Konzerthaus

Mittwoch, 30. September bis einschl. Samstag, 3. Oktober, täglich abends 8 Uhr
Mittwoch und Samstag auch nachmittags 4 Uhr

Film der
Reichsbahndirektion Karlsruhe

Dom
Rhein über den

Schwarzwald
zum **Bodensee.**

Außerdem der Trachtenfilm vom
Helmatag. Musikal. Begleitung: Polizeikapelle.

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße.
Preise: Mk. 0.80, 1.00, 1.30, 1.60, 1.80
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise.

Spar- u. Waisenkasse Oberwittstadt. Rechenschaftsbericht für das Jahr 1924.

Vermögen.	Mk	§	Schulden.	Mk	§
1. Kapitalien	45 799	50	1. Guthaben der Einleger	28 336	15
2. Einnahme-Rückstände	546	65	2. Anleihenkapitalien	15 300	92
3. Kassenvortrag	2 147	09			
4. Gerätschaften	1 043	10			
Summe Vermögen	49 536	34	Summe Schulden	43 637	07
ab Schulden	43 637	07			
Reinvermögen	5 899	27			

Zahl der Einleger 103.
Der Reservefond beträgt 5 899 Mk 27 §
Oberwittstadt im September 1925. 8983
Der Verwaltungsrat:
J. A. Braun.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht,
unseren Freunden und Bundesbrüdern von
dem plötzlichen Ableben unseres A.H.

Friedrich Thoma

Landrat in Sinsheim a. d. Els.
aktiv geworden W.S. 96/97

Mitteilung zu machen. 6.784

Die Burschenschaft Vineta
zu Heidelberg

Druckarbeiten-Vergebung.

Die in der Landtagsperiode 1925/29 erwachsenden Druckarbeiten (Landtagsdrucksachen) sollen im Wege des Angebots in Lieferung gegeben werden. Angebote bis längstens 5. Oktober erbeten. 8.894

Öffentliche Sparkasse Eppingen.

Darstellung des Vermögens und der Schulden
auf 31. Dezember 1924.

A. Vermögen.		Mk
1. Aktivkapitalien:		
a) Gemeindeanleihen	2 000.—	
b) Schuldscheindarlehen	110 318.—	
c) Guthaben bei Girozentralen	7 523,59	
2. Einnahmerückstand Rechn.-Abt. I	5.—	
3. Kassenvortrag nach dem Rechnungsabsl.	847,76	
Summe	120 694,35	
B. Schulden.		Mk
1. Passivkapitalien:		
a) Spareinlagen	91 602,84	
b) Giro- und Scheckeinlagen	18 931,42	
c) Anleihenkapitalien	5 000.—	
Schulden	115 535,26	
Das Vermögen beträgt	120 694,35	
Reinvermögen	5 159,09	
Rücklagen	5 159,09	
Überschuß	—	
Eppingen, den 29. September 1925. 8.940		
Der Geschäftsleiter:		
Müller.		

8.946. Rahr. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Friedrich Stübbe in Priesenheim ist besonderer Prüfungstermin bestimmt auf: Donnerstag, den 22. Oktober 1925, vormittags 9 Uhr. Rahr, den 26. September 1925.
Bad. Amtsgericht.

8.954. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Kinderbuchfabrik 'Badenia' G. m. b. H. in Karlsruhe soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind verfügbar Mk. 2269,11, woraus nur die bevorrechtigten Forderungen der 1. Klasse mit zusammen Mk. 3615,87 quotenmäßig befriedigt werden können. Alle weiteren Forderungen fallen aus.
Karlsruhe, 1. Oktober 1925.
Der Verwalter:
Carl Nagel.

Badisches Landestheater

Werkwoche während der
Karlsruher Herbsttage
Samstag, den 3. Oktober 1925
* C 4. Th.-Gem. II. S.-St.

Aufführung: Rampfer

Schauspiel in drei Akten und
einem Vorspiel von R. Mohr
In Szene gef. von F. Baumbach
Bühnenbildner: Emil Burkard
Personen:
Rampfer Dietrich
Jpling Ritter
Chocolat Brand
Rigi Albrecht
Barbajin v. b. Trend
Norma Moeller
Blag Gemmeke
Schlubbe Nooman
Anfang 7 1/2 Ende 10
Spreizh I R. 5.20

Städtische Sparkasse Rastatt.

Bilanz am 31. Dezember 1924.

Vermögen:		Mk	§	Verbindlichkeiten:		Mk	§
1. Barbestand	14 676	51		1. Spareinlagen:			
2. Guthaben bei Girozentralen, Banken und auf Postsparkonto	11 755	56		a) auf Papiermarkfonten	868	57	
3. Darlehen gegen 1. Hypothek	55 500			b) auf Reichsmarkfonten	222 709	12	
4. Staatspapiere (Nennwert B.-Mk. 4 481 300.—)	1			2. Giroeinlagen	99 341	93	
5. Darlehen an Gemeinden:				3. Reservefonds	7 650	38	
a) auf Schuldscheine	42 000						
b) auf Inhaberpapiere (Nennwert B.-Mk. 364 200.—)	1						
6. Betriebskapitalanteil bei der Bad. Girozentrale	1 417	20					
7. Darlehen gegen Schuldscheine	86 955						
8. Wechsel	64 841	28					
9. Kontokorrentforderungen	51 794	05					
10. Pfandbriefe der Rheinischen Hypothekendarlehenbank (Nennwert B.-Mk. 178 500.—)	1						
11. Zinsrückstände	1 620	90					
12. Inventar	1						
	330 564	50					330 564 50

Gewinn- und Verlustrechnung.

Erträge:		Mk	§	Aufwendungen:		Mk	§
Zinsen von Aktivkapitalien	45 288	13		Zinsen für Einlagen und andere			
Gebühren	31	60		Schulden	17 010	45	
Sonstige Einnahmen	6 401	52		Verwaltungslosten	31 499	07	
Fahrtswert	1			Sonstige Ausgaben	88	83	
Wertpapiere	3			Reingewinn	3 188	98	
	51 725	25					
					51 725	25	

Rastatt, den 20. Februar 1925.
Der Verwaltungsrat:
Renner.
Städtische Sparkasse Rastatt:
Burr. Ruhn.
Vorstehende Bilanz wird nach erfolgter vorchriftsmäßiger Verkündung im Bürgerausschuß hiermit öffentlich bekanntgegeben.
Rastatt, den 6. Juni 1925.
Der Verwaltungsrat:
Renner. 3941
Bolle.

Rechnungsabschluss auf 31. Dezember 1924.

Einnahmen		Mk	§	Ausgaben		Mk	§
1. Kassenvortrag vom vorigen Jahr	18	90		1. Rückstände	—	—	
2. Rückstände	—	—		2. Zinsen für Einlageguthaben	513	59	
3. Zinsen aus Aktivkapitalien:				3. Zinsen für sonstige Schulden	3 588	06	
a) aus Hypotheken	27,65			4. Auf die Verwaltung	1 091	—	
b) aus Schuldscheindarlehen	4 485,48			5. Sonstiger Verwaltungsaufwand	709	31	
c) aus Wechseln	129,40			6. Vorzuschüsse und Wiedererfah von Vorzuschüssen	56	45	
d) aus Kontokorrentdarlehen	2 362,49			7. Ausgleichungsposten	32 276	32	
e) aus Bankguthaben	37			8. Rückzahlung auf Einlageguthaben	87 851	60	
4. Sonstige Einnahmen	7 006	39		9. Angelegte Kapitalien	116 678	83	
5. Vorzuschüsse und Wiedererfah von Vorzuschüssen	324	—		10. Gemeinbezahlte Kapitalien	10 100	—	
6. Ausgleichungsposten	32 276	32		11. Kassenvortrag auf 31. Dez. 1924	431	59	
7. Einlagen:							
a) neue Einlagen	81 929,23						
b) kapitalisierte Zinsen	510,07						
8. Gemeinbezahlte Kapitalien	69 418	36					
9. Aufgenommene Kapitalien	41 758	08					
	233 296	80					233 296 80

Gewinn- und Verlustrechnung

Soll		Mk	§	Haben		Mk	§
Zinsen für die Einlagen	513	59		Zinsen von Aktivkapitalien	7 006	39	
Zinsen und Kosten für andere Schulden	3 588	06		Sonstige Einnahmen	324	—	
Verwaltungslosten	1 800	31		Einnahme-Rückstände	514	—	
Reingewinn 1924	1 941	43					
	7 843	39					7 843 39

Vermögensbestand

Aktiva		Mk	§	Passiva		Mk	§
Barbestand	431	59		Guthaben der Spareinleger auf 30			
Darlehen gegen 1. Hypothek	700	—		Sparbücher	11 398	19	
Darlehen gegen Schuldscheine	19 955	—		Guthaben der Giroteilnehmer auf 32			
Darlehen gegen Wechsel	2 000	—		Girobücher	3 291	41	
Darlehen in lfd. Rechnung	24 735	—		Anleihenkapitalien	31 658	08	
Bankguthaben	11	91		Reinvermögen	2 000	82	
Einnahme-Rückstände	514	—					
Gerätschaften	1	—					
	48 348	50					48 348 50

Berechnung des Reservefonds

Der Reservefond hat nach § 18 der Statuten in mindestens 5% der Gesamtsumme des Guthabens der Einleger zu bestehen.
Derselbe berechnet sich somit aus Mk. 14 689,60 auf den Betrag von Mk. 734,45
Demselben wurden bis zum Anfang des abgelaufenen Rechnungsjahres zugewiesen Mk. 6,10
Es sollen ihm weiter zugewiesen werden Mk. 728,35
Gesamtbetrag des Reservefonds Mk. 734,45

Berechnung des Überschusses

Das reine Vermögen beträgt Mk. 2 000,82
Hiervon ab der Betrag des Reservefonds Mk. 734,45
Reinüberschuß Mk. 1 266,37

Berghausen, den 5. Mai 1925.
Gemeindefsparkasse Berghausen: Der Vorsitzende: Wagner, Bürgermeister. Der Rechner: Huber.

Winterkartoffeln

treffen täglich ein aus Eppinger Gegend, gesunde Ware, pro Zentner ins Haus geliefert Mk. 3,50, ab alter Bahnhof Montag Mk. 3,20. 6.783

Hdy. Pfenninger

Landesprodukte en gros
Akademiestr. 42 Telefon 2270

Druck G. Braun, Karlsruhe.